lässig hält, wenn im Verfahren vor der Konfliktkommission des Betriebes ohne Anwesenheit des Beteiligten eine Entscheidung ergeht⁵⁾. Welchen Zweifel an dem Verständnis des Gerichts für die Forderungen realer Demokratie muß der klassenbewußte Arbeiter haben, wenn ein Arbeitsgericht das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaft bei Entlassungen auch in kleingewerblichen Betrieben, in denen es keine eigene gewerkschaftliche Vertretung gibt, bezweifelt⁶⁾. Oder: wenn ein Arbeitsgericht der BGL das Recht abspricht, bei einer Entlassung wegen einer strafbaren Handlung mitzuwirken, und nicht erkennt, daß es dabei nicht nur um die Feststellung einer strafbaren Handlung geht, sondern daß die Gewerkschaft die außerordentlich wichtige Frage zu beantworten hat, ob es aus erzieherischen Gründen angebracht ist, den betreffenden Angestellten gleichwohl im Betrieb zu halten, anstatt an einen anderen Arbeitsplatz gehen zu lassen, wo keiner seine Schwäche kennt⁷⁾.

Daß auch bei einer durch Stellenplanänderung notwendigen Kündigung die BGL ein Mitbestimmungsrecht hat und prüfen muß, ob die Kündigung wirklich auf Grund der Stellenplanänderung erfolgt und erforderlich ist oder ob etwa andere Gründe mit der Kündigung verdeckt werden sollen, ob die Kündigung gerade dieses Angestellten oder nicht eines anderen richtig oder ob sich aus anderen Gründen die Kündigung als ein Mißbrauch darstellt⁸⁾; oder: daß der Angestellte, der nicht höher eingestuft werden kann, als in dem von der Stellenplankommission genehmigten Stellenplan vorgesehen ist, aber tatsächlich mit Arbeitern einer höheren Lohngruppe beschäftigt ist, den Anspruch auf den Unterschiedsbetrag für die Dauer der Beschäftigung hat, weil die gegenteilige Praxis gegen den Tarifvertrag und gegen die Verfassung (Art. 18 Abs. 2) verstößt⁹⁾, das weiß der fortschrittliche Arbeiter in unserem Staat, weil es seiner Rechtsauffassung und seiner Überzeugung von dem Wesen unserer Demokratie entspricht.

Deshalb müssen Urteile, die solche elementaren und das demokratische Rechtsbewußtsein verletzenden Fehler enthalten, das Vertrauen der werktätigen Menschen in die Tätigkeit unserer Staatsorgane erheblich beeinträchtigen. In dem Bemühen, solche Grundsätze unseres Arbeitsrechts wie das Mitbestimmungsrecht unserer Gewerkschaft zu garantieren, hätte der 1. Zivilsenat des Obersten Gerichts allerdings bei der Begründung der erwähnten, im Ergebnis richtigen Entscheidung erkennen müssen, daß es eine fiktive Zustimmung der BGL zu einer Kündigung auch dann nicht

geben kann, wenn sich die BGL zu Unrecht geweigert hat, der Kündigung zuzustimmen.

Alle diese gerügten Rechtsverletzungen, die aus einer sehr viel größeren Zahl herausgegriffen sind, zeigen, wie notwendig es gerade auf dem Gebiet des Arbeitsrechts ist, die gesetzlich und verfassungsmäßig garantierten Rechte der Werktätigen, ihr Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrecht in unserer Republik der Arbeiter und Bauern in verantwortungsbewußter und politisch überlegter Gesetzesanwendung zu garantieren und so den im 25. Plenum geforderten Beitrag zur Vertiefung des Staatsbewußtseins und der Arbeitsmoral unserer Bürger zu leisten.

Die Mängel in der Rechtsprechung, die hier in einer ersten und keineswegs systematischen Zusammenfassung wiedergegeben sind, lassen erkennen, wie groß die uns aus dem 25. Plenum erwachsenen Aufgaben sind, mit welcher inneren Kraft sie angepackt werden müssen, um sie befriedigend zu lösen. Darüber hinaus ergibt sich aber auch, wie falsch es wäre anzunehmen, daß man dem 25. Plenum mit der Lösung einzelner Fragen gerecht werden könnte. Wir müssen erkennen, daß es notwendig ist, alle unsere Aufgaben neu zu sehen und alle Erkenntnisse unserer Arbeit kritisch unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, ob sie unserer großen gesellschaftlichen und politischen Verpflichtung gerecht werden. Diese Aufgabe können wir nur lösen, wenn wir den unbeweglichen Arbeitsstil, Formalismus und alten Trott aus unserer Arbeit verbannen und wenn wir uns ein umfassendes politisches und fachliches Wissen aneignen und es ständig vertiefen.

Nicht lebendiger und überzeugender können wir bei Beginn dieses neuen, bedeutungsvollen Abschnittes unserer Arbeit angesprochen werden als durch die Rede Kalinirls, der am 10. Jahrestag der Errichtung des Obersten Gerichts der UdSSR den politischen Wert der richtigen Gerichtsentscheidung dargestellt und vor jedem herzlosen, bürokratischen und schablonenhaften Herangehen an die Rechtsprechung als einem schweren Fehler gewarnt hat, wobei er für den sowjetischen Volksrichter ausführte:

„Wenn der Richter ein guter Marxist, Dialektiker, ein erfahrener, praktischer Arbeiter, ein gebildeter, seiner Sache kundiger Mensch ist, dann kann man kühn sagen, daß 99 Prozent seiner Urteile und Entscheidungen positive politische Bedeutung haben werden, daß sie eine der besten Formen der Propaganda der sowjetischen Gesetze und der Direktiven der Partei sein werden.“¹⁰⁾

Zu einigen aktuellen Fragen des sozialistischen Eigentums

Von BRUNO HAFFL, Stellvertreter des Generalstaatsanwalts,
und HORST ROSE, Persönlicher Referent des Generalstaatsanwalts

In der Deutschen Demokratischen Republik ist das sozialistische Eigentum die Grundlage für die Existenz der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Die Festigung und Fortentwicklung unserer neuen demokratischen Ordnung, die weitere Umgestaltung der gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse zum Sozialismus hin, hängt deshalb entscheidend davon ab, wie das sozialistische Eigentum entwickelt, vermehrt und geschützt wird.

Das sozialistische Eigentum ist auch das wichtigste ökonomische Element bei der Schaffung eines neuen demokratischen und einheitlichen Deutschland. Es ist die Quelle der Kraft und des Reichtums des Vaterlandes. Je besser und wirksamer wir in der DDR es verstehen, unser sozialistisches Eigentum an den Großbetrieben und Banken, dem Großhandel, den Maschinen-Traktoren-Stationen und den volkseigenen Gütern sowie LPG und anderen Produktionsgenossenschaften, ferner den Konsumgenossenschaften, den Bäuerlichen Handelsgenossenschaften und den Ein- und Verkaufsgenossenschaften des Handwerks und Gewerbes zu festigen, zu entwickeln und zu schützen, in dem Maße werden Wirtschaft und Kultur, werden die Lebensbedingungen des Volkes einen in Deutschland nie gekannten Aufstieg nehmen. Die DDR wird so, von allen aufrechten Patrioten als ihre Heimat erkannt, zum Vaterland des ganzen deutschen Volkes.

Die Mitarbeiter des Staatsapparates haben daher — wie der Beschluß des 25. Plenums des ZK der SED feststellt — die Aufgabe, die ökonomischen Gesetze, die objektiven Charakter tragen, zu erkennen und sich in ihrer täglichen Arbeit zu bemühen, diesen ökonomischen Gesetzen im Interesse der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus zum Durchbruch zu verhelfen. Nicht alle Richter und Staatsanwälte haben das bisher erkannt und danach gehandelt. Der Schutz und die Förderung des sozialistischen Eigentums durch den Justizapparat müssen deshalb neu durchdacht und wirksamer und bewußter gestaltet werden.

Die Mitarbeiter des Staatsapparates haben daher — wie der Beschluß des 25. Plenums des ZK der SED feststellt — die Aufgabe, die ökonomischen Gesetze, die objektiven Charakter tragen, zu erkennen und sich in ihrer täglichen Arbeit zu bemühen, diesen ökonomischen Gesetzen im Interesse der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus zum Durchbruch zu verhelfen. Nicht alle Richter und Staatsanwälte haben das bisher erkannt und danach gehandelt. Der Schutz und die Förderung des sozialistischen Eigentums durch den Justizapparat müssen deshalb neu durchdacht und wirksamer und bewußter gestaltet werden.

5) OG, Urt. vom 27. Juli 1955 — 1 Za 95/55.

6) OG, Urteil vom 22. Februar 1955 — 1 Za 81/54 — und vom 23. Juli 1955 — 2 Za 49/55.

7) OG, Urteil vom 15. März 1955 — 1 Za 131/54.

8) OG, Urt. vom 4. März 1955 — 1 Za 17/55.

9) OG, Urt. vom 14. Mal 1955 — 2 za 35/55.

10) NJ 1954 S. 253.